

Wertung bemüht: Man begrüßte den ermutigenden Ton der päpstlichen Predigten, äußerte Respekt vor seinen Forderungen, notierte aber auch blinde Flecken der päpstlichen Verkündigung, nicht zuletzt beim Thema Kirche und Drittes Reich. Anerkennung für den Mut Johannes Pauls II., auch *Unbequem-Sperriges* zu sagen, stand neben der Skepsis, ob der Papst mit seinen Appellen bei den Christen in der Bundesrepublik viel bewirken könne.

Johannes Paul II. hat der Kirche hierzulande diesmal kein umfassendes Kompendium von Aufgaben und Anstößen hinterlassen. Er hat sie allerdings wie schon 1980

auch diesmal wieder an ihre Geschichte und an herausragende Zeugen des Glaubens erinnert mit der Aufforderung, einen neuen Anfang zu wagen. An *Appellen* fehlt es in der deutschen Kirche derzeit nicht: Allüberall wird ja die Notwendigkeit einer neuen Evangelisierung beschworen, wird den Laien ihr Weltauftrag vor Augen gestellt, wird nach geistlichen Aufbrüchen gerufen. Die Umsetzung solcher Forderungen und Schlagwörter ist ein mühsames, spannungsreiches und meist sehr unspektakuläres Geschäft. Sich das wieder einmal bewußt zu machen, könnte die wichtigste Nacharbeit des Papstbesuchs sein.

Klaus Nientiedt/Ulrich Ruh

„Wir müssen Fenster und Türen öffnen“

Ein Gespräch mit dem designierten Vorsitzenden der SPD,
Hans-Jochen Vogel

Auf ihrem außerordentlichen Parteitag am 14. Juni in Bonn wählt die von starken Verlusten vor allen an die Grünen gebeutelte SPD eine neue Führung. Überdies ist in nächster Zeit mit einer Intensivierung der strategischen und programmatischen Auseinandersetzungen (auch im Vorfeld der Verabschiedung des neuen Parteiprogramms) zu rechnen. Über die Lage der Partei, über die Ziele, die sie sich setzt, und das Verhältnis der SPD zu den verschiedenen Gruppen und Milieus, nicht zuletzt den Christen, sprachen wir mit dem designierten Vorsitzenden der Partei und Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel. Gesprächspartner war David Seeber. (Das Gespräch wurde am 5. Mai in Bonn aufgenommen.)

HK: Wenn die Herder-Korrespondenz, Herr Dr. Vogel, ein Interview einmal mit der Bild-Zeitung beginnen darf: Dort steht heute, nach einem Umfrageergebnis der Forschungsgruppe Wahlen würden gegenwärtig 48 % der Bundesbürger die Union und nur 35 % Ihre Partei wählen. War es schon ungewöhnlich, daß die SPD mit Hessen eine Landtagswahl gegen die in Bonn regierende Koalition verloren hat, so wäre ein weiterer Stimmenrückgang der großen Oppositionspartei trotz eines denkbar schlechten Starts der Bundesregierung so früh in der Legislaturperiode fast noch ungewöhnlicher. Sinkt die SPD immer noch weiter in der Wählergunst?

Vogel: Das ist eine ganze Menge auf einmal, Herr Dr. Seeber. Wenn die Bildzeitung etwas auf der ersten Seite in großen Buchstaben veröffentlicht, dann darf man davon ausgehen, daß es der SPD schaden und nicht nutzen soll. Ich will auch nicht darüber rechten, daß die Forschungsgruppe nicht von 35, sondern von 36 Prozent spricht. Aber davon abgesehen – so ungewöhnlich ist das nicht. Wir hatten ja auch in unserer Regierungszeit einmal bessere und einmal schlechtere Werte. Es gab damals

sogar Werte unter 35 %. Zudem ist es eine alte Erfahrung, daß, wenn eine Partei eine Wahl verliert, dies noch einen gewissen demoskopischen Nachhall hat ...

HK: Aber in dem Fall kann der Nachhall auch noch die nachfolgenden Landtagswahlen bestimmen.

Vogel: Ich möchte mich nicht auf Spekulationen einlassen. Jedenfalls gibt es auch den anderen Effekt: daß die Leute sagen, jetzt reicht's aber mit den schwarzen Landesregierungen. Aber ich bestreite überhaupt nicht, daß sich die Partei in einer schwierigen Phase befindet und daß sie ihre Kräfte anspannen muß, um aus dieser Phase herauszufinden.

„Das mit dem Defätismus möchte ich sehr unter Anführungszeichen setzen“

HK: Man hat aber gegenwärtig den Eindruck, die Stimmung in der Partei sei noch um einiges schlechter als ihre Reputation in der Bevölkerung. Die SPD steht nicht nur im Ruf eines verbreiteten Defätismus, sondern ist selbst von Defätismus befallen. Mit welchen Hoffnungen und Zielen geht der designierte Vorsitzende in dieser Situation an seine Aufgabe?

Vogel: Also das mit dem Defätismus möchte ich sehr in Anführungszeichen setzen. Die Stimmung ist je nach den örtlichen Verhältnissen unterschiedlich. Es gibt sehr kampffentschlossene Bereiche, beispielsweise in Schleswig-Holstein oder auch in anderen Teilen der Republik. Das würde ich nicht so verallgemeinern. Ich glaube, das wichtigste ist jetzt, daß wir die Identität der Partei aus unseren eigenen Zielen, aus unserer eigenen politischen Praxis, aus unserer eigenen personellen Darstellung deutlich machen und die manchmal etwas kurzschlüssi-

gen Bündnisdebatten nicht als Ersatz für Identität ansehen, sondern zu Ende bringen. Außerdem müssen wir unsere ungebrochene konzeptionelle Kraft einsetzen, um das neue Grundsatzprogramm, für das ja bereits ein sehr diskutabler Entwurf vorliegt, noch in dieser Legislaturperiode verabschieden zu können. Dabei geht es nicht nur um das Ziel, sondern auch um den Weg. Es sollen möglichst viele Mitbürgerinnen und Mitbürger an der Diskussion darüber teilnehmen. Schließlich: Wir müssen unsere Türen und Fenster weiter aufmachen. Wir müssen den Zugang der Menschen zu uns wieder erleichtern, die Berührungsflächen müssen wieder breiter werden. Schließlich müssen wir den Sorgen der Menschen und dem Gespräch mit ihnen wieder mehr Zeit widmen und dafür einen Teil der Zeit verwenden, die wir gegenwärtig für den internen Betrieb benötigen.

HK: Eigentlich ist nach Hessen die Situation für die Partei trotz Niederlage um einiges einfacher geworden: Das rot-grüne Bündnis hat sich, zunächst jedenfalls, von selbst erledigt. Sie hat jetzt Zeit und muß vornehmlich mit sich selbst zurecht kommen.

Vogel: Die Hessenwahl ist noch nicht ganz aufgearbeitet. Es gibt dazu in der Partei selbst noch unterschiedliche Positionen. Wenn Sie sagen, uns werde durch das hessische Ergebnis die Arbeit erleichtert, dann fiele mir dazu eher der jüngste Parteitag der Grünen in Duisburg ein; der zeigt, daß sich die Grünen in eine Richtung bewegen, in der sie zur reinen Protestpartei werden.

HK: Das war aber am Abend der Hessenwahl bereits abzusehen ...

Vogel: Ich habe großen Respekt vor denen, die die Entwicklungen bei den Grünen sicher voraussehen. Denn das erscheint mir noch immer schwierig. Es ist aber eine Tatsache, daß sich in Duisburg diejenigen durchgesetzt haben, die keine Mitverantwortung tragen wollen, die nicht verändern wollen, sondern nur protestieren und Konflikte verschärfen. Dies wird viele Wähler nachdenklich machen ...

HK: Aber Sie selbst als SPD haben trotzdem noch eine Strategiekklärung gegenüber den Grünen vor sich, wie wollen Sie sie vornehmen?

Vogel: Wir müssen vor allem deutlich sagen, was wir wollen. Und *wir* müssen die Fragen an die anderen stellen, insbesondere an die Grünen. Die SPD – das ist keine politische Monats- oder Jahresfliege, keine Erscheinung, die heute kommt und morgen wieder geht. Wir sind die älteste politische Kraft der Republik. Nichts von dem, was diese Republik qualifiziert, ist ohne unser Zutun und vieles davon gegen den erbitterten Widerstand der Konservativen durchgesetzt worden. Deswegen empfehle ich gerade im Umgang mit den Grünen mehr Selbstbewußtsein. *Wir* stellen die Fragen; und *wir* entscheiden, mit wem wir unser Programm durchsetzen wollen, wenn es zur eigenen Mehrheit nicht reicht.

HK: Trotz des gegenwärtigen Tiefs hat Ihre Partei jetzt die einmalige Chance, in der Opposition Führung und Programm in einem erneuern zu können. Aber wie wollen Sie das machen: Identität zeigen und zugleich Fenster und Türen öffnen? Mit diesem Spannungsverhältnis haben zwar alle Volksparteien zu kämpfen, aber die SPD wohl noch etwas mehr als andere ...

Vogel: Die gesellschaftlichen Veränderungen stellen alle Parteien vor neue Herausforderungen. Unsere technologische Entwicklung ist auf einzelnen Gebieten an den Punkt gelangt, an dem es eine immer ernstere Frage wird, ob wir nicht angesichts der Risiken, die räumlich und zeitlich über die bisherigen Erfahrungen der Menschheit weit hinausgehen, die humanen Grenzen des technisch Machbaren erreicht haben. Und wir erleben einen mächtigen Individualisierungsschub: Die alten, umfassenden Milieus werden schwächer, die großbetrieblichen Milieus beispielsweise, an deren Stelle im Dienstleistungsbereich viele flexible kleine Einheiten treten. Damit einher geht auch eine größere Mobilität der Wähler, die sich nicht mehr fest binden, sondern von Fall zu Fall entscheiden ...

„Wir müssen auch Lösungen vertreten, die noch nicht von breiten Mehrheiten akzeptiert werden“

HK: Ich würde lieber nach den speziellen Herausforderungen der SPD als der, wie Sie sagen, ältesten politischen Kraft der Republik fragen ...

Vogel: Bei uns kommt – und das ehrt uns – die Erwartung hinzu, daß wir bei der Bewältigung der großen Probleme vorangehen und die Kraft aufbringen, auch Lösungen zu vertreten, die noch nicht von breiten Mehrheiten akzeptiert werden. So haben wir das Sozialstaatsprinzip gegen erbitterten Widerstand durchgesetzt. Jetzt müssen wir in unserem neuen Grundsatzprogramm plausibel machen, daß es nicht mehr bloß um die soziale, sondern auch um die ökologische Kontrolle des ökonomischen und technologischen Prozesses geht. Daß wir dem Sozialstaatsprinzip das – ich weiß keinen besseren Ausdruck – Naturstaatsprinzip an die Seite stellen müssen; das heißt das Prinzip, daß die Natur als Lebensgrundlage für die Fortexistenz der Menschheit um ihrer selbst willen geschützt werden muß.

HK: Aber diesbezüglich bildet sich allmählich ein Konsens. Die Volksparteien sind da – wenigstens im Grundsatz – nicht mehr allzuweit auseinander, auch wenn das Naturstaatsprinzip, wie Sie es formulieren, noch nicht zum sprachlichen Allgemeingut geworden ist. Andererseits ...

Vogel: Da muß ich widersprechen. Wir haben einen jahrelangen Kampf auch nur um den ersten Schritt in diese Richtung führen müssen, nämlich die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz. Die

Union hat selbst gegen dieses bescheidene Ziel jahrelang Widerstand geleistet. Sie hat jetzt in der Koalitionsvereinbarung verbal diesen Widerstand aufgegeben, aber es gibt von dieser Seite noch keinen konkreten Formulierungsvorschlag, und es ist überhaupt noch nicht abzusehen, ob die Union bereit ist, eine grundgesetzliche Regelung zu akzeptieren, die tatsächlich etwas bewirkt. Überhaupt keine Einigung gibt es außerdem in der Frage, ob die weitere Nutzung der Atomkraft zu verantworten ist. Die Union sagt „weiter so“! Wir sagen nach einem langen und schwierigen Lernprozeß, daß die Nutzung der Atomkraft Menschen voraussetzt, die sich jedenfalls partiell für unfehlbar oder allmächtig erklären. Das sprengt aber die Grenzen, die dem Menschen von seiner Bestimmung her gesetzt sind.

HK: Andererseits erscheint die Kernenergie geradezu als Musterbeispiel für die Schwierigkeit der SPD, ihre Identität zu wahren oder wiederzufinden und sich anderen gegenüber abzugrenzen. Daß die Kernenergie Übergangsenergie sein soll, ist inzwischen mehr oder weniger Gemeingut geworden. Die klare Gegnerschaft gegen die Kernenergie ist von den Grünen besetzt. Der schrittweise Ausstieg ohne machbare Alternativen befriedigt niemanden. Den einen ist er zuviel, den anderen zuwenig ...

Vogel: Ich kann Ihrer Situationsbeschreibung nicht zustimmen. Der Bundeskanzler hat nach Tschernobyl gesagt: „Weiter so“, das Risiko sei vertretbar, die deutschen Kernkraftanlagen seien absolut sicher. Und die Haltung der Grünen erschöpft sich in der irrealen Forderung nach der sofortigen Abschaltung aller Kernkraftwerke. Unser Konzept dagegen lautet: Der Übergang zu einer sicheren Energieversorgung ohne Kernkraft in zehn Jahren ist möglich ...

HK: Dieser Programmpunkt würde Ihnen als Regierung beträchtliche Schwierigkeiten machen ...

Vogel: Daß in der Regierung manches noch ein bißchen schwieriger ist als in der Opposition, räume ich Ihnen gerne ein. Und der Verzagttheit, die aus Ihrer Zwischenbemerkung spricht, begegne ich auch sonst. Warum eigentlich? Mir will nicht einleuchten, daß im militärischen Bereich, wenn es um die Entwicklung immer neuer Massenvernichtungsmittel geht, fast alles, hingegen bei der Überwindung der Atomkraft schier nichts möglich sein soll. Von der ersten Kernspaltung, dem berühmten Versuch von Hahn und Strassmann mit der kleinen Pertrix-Batterie im Jahre 1938 – die Versuchsanordnung ist im Deutschen Museum noch heute zu sehen, bis zum Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima im August 1945 sind ganze sieben Jahre vergangen. Wenn wir unsere Kräfte auf die Überwindung der Kernenergie konzentrieren, dann können wir in 10 Jahren weit kommen. Und es wird wirtschaftlich unser Vorteil sein. Denn wir werden dann Verfahren und Leistungen anbieten können, über die andere noch nicht verfügen. Im übrigen: Wir haben heute beim Einsatz der Primärenergie – also von Kohle, Gas oder Öl – zur Stromerzeugung ohne

Kraft-Wärme-Koppelung noch immer einen Verlust von 60 und bei Kraft-Wärme-Koppelung von 40 Prozent. Warum finden wir uns damit ab?

HK: Das wäre ein Weg. Aber ob das gesetzte Zeitmaß erreicht werden kann, hängt von der Entwicklung weltweit wirksamer Alternativen ab. Solche sind in dieser Frist nicht in Sicht ...

Vogel: Das hängt zunächst einfach davon ab, daß wir den Wirkungsgrad bei der Stromgewinnung verbessern. Wenn wir ihn um 20 Prozent steigern, verfügen wir bereits über eine ganz erhebliche Alternative. Voraussetzung ist, daß wir uns anstatt um neue Laserwaffen im Weltraum um dieses Problem kümmern.

„Es gibt tragfähige Integrationsziele über alle Milieugrenzen hinweg“

HK: Herr Dr. Vogel, Sie haben vom Individualisierungsschub und von der Auflösung traditioneller Milieus gesprochen. Einmal galt als „Prinzip SPD“ die „Widerspiegelung der Pluralität der Gesellschaft“. Wieviel vermag Ihre Partei davon noch widerzuspiegeln und vor allem, wieviel davon vermag sie noch zu integrieren?

Vogel: Die Spannbreite unserer Zielgruppen ist gewiß größer geworden. Das gilt übrigens auch für die Union, wenn man etwa nur an die Entwicklungen am rechten Rand der Union denkt. Die Aufgabe ist schwierig, gar kein Zweifel, und wir können sie nicht wegschieben, sondern wir müssen Problemlösungen finden, die quer durch die Zielgruppen konsensfähig sind. Die Verteidigung des Sozialstaatsprinzips gehört dazu, die Durchsetzung dessen, was ich auch das Naturstaatsprinzip nannte. Dasselbe gilt für die Friedenssicherungspolitik oder für die Erhaltung der inneren Liberalität. Bei der Friedenssicherung erleichtert uns das unbegreifliche Verhalten der Bundesregierung gegenüber den Null-Lösungen gegenwärtig die Arbeit.

HK: Da bin ich nicht so sicher ...

Vogel: Aber ich bitte Sie. Stärker kann man sich doch nicht in Widersprüche verwickeln. Zuerst fordert man die Null-Lösung, und wenn die Gegenseite sie akzeptiert, will man neue Raketen aufstellen ...

HK: Eine „historische Chance“, wenn es eine ist, will auch gut überlegt sein. Im übrigen: Absichten bekunden und das Reagieren auf konkrete Verhaltensvorschläge sind zweierlei ...

Vogel: ... zweierlei für den, der sagt: Erzählen wir dem Volk etwas und versuchen wir, Eindruck zu machen; wenn es dann ernst wird, vergessen wir es wieder. Das bewährt sich auf die Dauer nicht ...

HK: Es gibt eine Studie aus dem Jahre 1984, in der für die SPD aus den verschiedenen Milieus, Schichtungen, Lebensstil- und Meinungsgruppen Chancen für die

Mehrheitsfähigkeit der SPD herausanalysiert wurden. Es hat sich als ein sehr schwieriges Unterfangen erwiesen. Ist es angesichts des von Ihnen beschriebenen Individualisierungsschubs überhaupt noch möglich, „klassische Arbeiter“, Aufsteiger, bürgerliche Angestellte und „Hedonisten“ zu einer mehrheitsfähigen Volkspartei zu „bündeln“?

Vogel: Die Sinus-Studie von 1984, auf die Sie Bezug nehmen, hat nur verdeutlicht, worauf ich bereits aufmerksam gemacht habe: Daß sich die großen Milieus allmählich lockern, daß sich unsere Gesellschaft immer mehr ausdifferenziert. Dies bekommt im übrigen die Kirche nicht weniger zu spüren als die Parteien; und auch sie hat es schwer, dagegen Heilmittel zu finden. Natürlich wird die Aufgabe der Bündelung dadurch auch für uns schwerer, aber sie ist nicht unlösbar. Ich wiederhole noch einmal: Die Verteidigung und der Ausbau der sozialen Gerechtigkeit, das Ringen darum, daß die Arbeit das Kapital und nicht das Kapital die Arbeit in den Dienst nimmt – um es mit den Worten von „Laborem exercens“ zu sagen –, eine Politik, die die Natur um ihrer selbst willen schützen will, damit wir auch künftig ein erträgliches Leben führen können, eine Politik, die den Wahnsinn des Rüstungswettlaufs zu beenden sucht – das sind tragfähige Integrationsziele über alle Milieugrenzen und gesellschaftliche Ausdifferenzierungen hinweg.

„Es werden immer neue Anläufe unternommen, um soziale Errungenschaften abzubauen“

HK: Es liegt nahe, daß der designierte Vorsitzende einer Partei, die so recht die Traditionspartei der Industriegesellschaft ist, das Sozialstaatsprinzip hochhält und die Arbeit gegen das Kapital verteidigt. Aber ist das noch *das* Problem? Viel grundlegender bzw. problemträglicher scheint doch zu sein, was man postindustrielle Probleme der sozialen Rückbindung – auch im Sinne des erwähnten Individualisierungsschubs – nennen könnte, die nicht zuletzt – neben den technologischen Veränderungen – Ergebnis fortgeschrittener Sozialstaatlichkeit sind ...

Vogel: Es ist weiterhin ein Problem. Die Sozialstaatlichkeit ist ständig bedroht. Die Koalition macht ja immer neue Anläufe ...

HK: In Teilbereichen vielleicht, und natürlich haben wir Beschäftigungsprobleme. Aber ich sehe nicht, wie der Sozialstaat – ausgerechnet in der Bundesrepublik – insgesamt in Gefahr sein sollte. Sicher braucht es mehr soziale Einzelfallgerechtigkeit ...

Vogel: Es werden jedenfalls immer neue Anläufe unternommen, um soziale Errungenschaften auszubauen. Diese Tendenz ist noch nicht bis an die Wurzeln fortgeschritten, dazu ist die Zeit noch zu kurz und die Gegenwehr zu kräftig. Und was das Verhältnis von Kapital und Arbeit anlangt, rekurre ich nur auf die katholische So-

ziallehre, besonders auf „Laborem exercens“. Daß die Frage in keiner Weise erledigt ist, hat erst kürzlich in überzeugender Weise der Wirtschaftshirtenbrief der amerikanischen Bischöfe ausgedrückt. Und auch wir erleben zur Zeit in bestimmten Regionen der Bundesrepublik eine Entwicklung, bei der es wirtschaftlich gesehen auf Leben und Tod geht: An den Stahlstandorten, bei den Werften, in den Kohlerevieren. Erfreulicherweise nähern sich da katholische und sozialdemokratische Positionen stark an. Ich kann dem Papst nur zustimmen, wenn er bei seinem Besuch im Ruhrgebiet die Massenarbeitslosigkeit einen „gesellschaftlichen Skandal“ nennt. Und das ist doch wohl eine Frage der Sozialstaatlichkeit.

HK: Die apostrophierte Gemeinsamkeit zwischen SPD und katholischer Soziallehre könnte auch darauf beruhen, daß in dem Fall beide geschichtliche Prozesse der Vergangenheit analysieren und in normative Forderungen umsetzen ...

Vogel: Wenn in der Herder-Korrespondenz die katholische Soziallehre in der Ausformung der jüngsten Enzyklika und die sozialdemokratischen Auffassungen in einem Atemzug kritisiert werden, dann kann ich damit durchaus leben ...

HK: Jetzt muß ich die Herder-Korrespondenz doch ein wenig verteidigen, was ich gerade im Zusammenhang mit „Laborem exercens“ sehr ungern tue. Aber um zu illustrieren, was ich meine: „Laborem exercens“ macht wichtige anthropologische Aussagen zur Arbeit, aber an dem Problem des Übergangs von der Arbeitsgesellschaft zur Freizeitgesellschaft geht sie ziemlich vorbei. Bei der SPD kann ich da auch wenig Perspektiven erkennen. Oder einfach von der Sache her argumentiert: Eine dynamische Strukturpolitik scheint mir zur Lösung des Beschäftigungsproblems mehr beizutragen als es abstrakte moralische Appelle können. Jedenfalls vermögen diese wenig gegen absterbende Industriezweige ...

Vogel: Ich bin schon dafür, daß päpstliche Lehrschreiben fundamentale Aussagen formulieren und die politisch Verantwortlichen sich dann um die Konkretisierung bemühen. Das gilt z.B. für die Mitbestimmung. Ich bin auch nicht der Meinung, daß man auf die Dauer Produktionen gegen den Weltmarkt am Leben erhalten kann. Aber die Probleme müssen in sozial erträglicher Weise gelöst werden und dafür gibt es auch Möglichkeiten. Nach dem Krieg haben wir 14 Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge integriert und neun Millionen Wohnungen neu gebaut. Damals waren wir bettelarm. Heute sind wir verglichen mit damals steinreich; so reich, daß beispielsweise die deutschen Banken kaum mehr wissen, wie sie ihre Gewinne verstecken sollen. Deswegen kann ich das Maß an Resignation gegenüber den Möglichkeiten einer solidarischen Gesellschaft, das man gelegentlich bei uns findet, nicht verstehen und schon gar nicht teilen. Und auch nicht das Gerede derer, die sagen: Wer keine Arbeit hat, hat halt Pech und ist selber schuld, und der Papst: naja, der redet halt so ...

„Wir haben erhebliche Einwände, wenn Teilzeitarbeit mit dem Abbau sozialer Schutzrechte verbunden wird“

HK: Das ist eine Seite. Der Papst, der seelsorgliche Aufgaben hat und von daher manches offener sagen kann als Politiker, die auf Wählerstimmen und -stimmungen Rücksicht zu nehmen haben, könnte auch über den Verhaltenswandel sprechen, den ein produktiver Wirtschaftswandel notwendig macht: Bereitschaft zur Umschulung, Lernbereitschaft, mehr Mobilität. Der lebenslang gesicherte Arbeitsplatz am angestammten Ort ist keine realistische Perspektive in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft ...

Vogel: Gewiß, die Aussage wäre aber noch richtiger, wenn man sie bezüglich des Verhaltenswandels kritisch auf die Regierung anwendete. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften 1984 mit unserer Hilfe gegen den erbitterten Widerstand des Bundeskanzlers den Einstieg in die 35-Stunden-Woche durchgesetzt haben, hat immerhin dazu geführt, daß jetzt beim zweiten Schritt vom drohenden Zusammenbruch der Wirtschaft und ähnlichen Behauptungen nicht mehr geredet wurde.

HK: Aber gerade in diesem Punkt scheinen Parteien (SPD wie Union) wie Gewerkschaften so gut wie festgefahren zu sein: Lineare Arbeitszeitverkürzung und sonst nichts. Selbst wenn die Rechnung stimmt: Eine Stunde Arbeitszeitverkürzung 100 000 neue Arbeitsplätze, wird damit das Problem der Massenarbeitslosigkeit ebenso wenig gelöst wie mit bloßem Vertrauen auf Wirtschaftswachstum. Eine Lösung ist doch nur möglich durch wirkliche Umverteilung, Teilzeitarbeit, Halbtagsarbeit, Job-sharing. Diesbezüglich scheint es an Mut und Phantasie zu fehlen. Übrigens der Papst sprach in Bottrop, als er „Skandal“ sagte, nicht von Arbeitszeitverkürzung, sondern von Arbeitsverteilung ...

Vogel: Das geht mir zu schnell. Zunächst lasse ich mich als Sozialdemokrat gerade bei der Arbeitszeitverkürzung nicht gern mit der Union in einen Topf werfen. Herr Kohl hat die Arbeitszeitverkürzung als dumm, absurd und töricht bezeichnet, während wir sagten, das ist ein vernünftiger Weg, um vor allem das Anwachsen von Arbeitslosigkeit zu verhindern. Darin sind wir voll bestätigt worden. Und die Gewerkschaften haben solidarisch gehandelt, indem sie sich zugunsten der Arbeitszeitverkürzung bei den Lohnzuwächsen zurückhielten. Aber das ist nur ein Element unseres Konzeptes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; viele andere müssen hinzukommen: Das Projekt Arbeit und Umwelt, die Förderung der kleineren und mittleren Betriebe, steuerstundende Investitionsrücklagen, Übergang von der Lohnsumme zur Wertschöpfung als Bemessungsgrundlage für die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. All das sind Elemente eines Konzeptes für eine Gemeinschaftsanstrengung zur Überwindung der Arbeitslosigkeit.

HK: Meine Hauptfrage steht noch, ob nicht der Über-

gang zu mehr Teilzeit- und Halbtagsarbeit der eigentliche Schlüssel zur Lösung des Problems Massenarbeitslosigkeit ist ...

Vogel: Wir haben überhaupt nichts gegen Teilzeitarbeit. Wir haben aber erhebliche Einwände, wenn der Übergang zur Teilzeitarbeit mit dem Abbau sozialer Schutzrechte verbunden wird. Da liegt der Konfliktpunkt ...

HK: Könnten die Gewerkschaften dem nicht dadurch vorbeugen, daß entsprechende tarifrechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden? Konkret, wenn heute Industrie- und Handwerksbetriebe, z. B. auch Druckereien, Teile der Belegschaft in stundenweise Heimarbeit entlassen, dann wird es für manche Betroffene existenzgefährdend. Dem könnte durch tarifrechtliche und notfalls auch durch gesetzliche Regelungen über Teilzeitarbeit vorgebeugt werden. Bisher ist aber Teilzeitarbeit als Regelungsfall überhaupt erst in einem Tarifvertrag, bei der Chemie, aufgetaucht ...

Vogel: Wir sind dagegen, daß Arbeitnehmer durch Teilzeitarbeit aus den sozialen und arbeitsrechtlichen Sicherungen herausfallen. Im übrigen ist doch kein Arbeitgeber daran gehindert, mit einer Arbeitnehmerin oder einem Arbeitnehmer einen 20- oder 16-Stunden-Vertrag abzuschließen. Wir kämpfen nur mit den Gewerkschaften dafür, daß in diesen Fällen die gleichen Schutzrechte gelten wie bei den Verträgen mit voller Arbeitszeit.

„Wir und die Gewerkschaften stehen vor vergleichbaren Herausforderungen“

HK: Sie betonen als jemand, der selbst nicht aus der Gewerkschaftstradition kommt, sehr stark den Schluß SPD – Gewerkschaften. Können diese heute für die SPD als Volkspartei noch die tragende Stütze sein? Ich meine, je geringer der Anteil der „klassischen“ Industriearbeiter an der Gesamtbevölkerung ist, um so fragwürdiger wird jene einseitige Bindung der Partei an die Gewerkschaften und auch der Gewerkschaften an sie, ähnlich problematisch wie die Bindung zwischen Kirche und Union oder der Union an die Bauern ...

Vogel: Im Verhältnis der katholischen Kirche zur Union ändert sich das ja offensichtlich. Sonst würde Herr Geißler die Kirche nicht laufend mahnen, sich doch bitte wieder mehr mit den Letzten Dingen zu beschäftigen. Und die Zahl der Bauern ist noch viel drastischer zurückgegangen als die der klassischen Industriearbeiter. Aber zum Kern Ihrer Frage: Das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften hat einen geschichtlichen Hintergrund: Beide sind aus derselben Wurzel hervorgegangen. Und wir sind auch heute noch sehr viel mehr Arbeitnehmerpartei als die Union. Aber die Tendenz zum Dienstleistungsbereich, der starke Individualisierungsschub, die machen auch vor den Gewerkschaften nicht halt. Die Gewerkschaften haben deshalb beispielsweise das Pro-

blem, wie sie den Organisationsgrad unter den Angestellten erhöhen. Herr Bleicher von der IG-Metall hat dazu Lesenswertes geschrieben. Insofern stehen wir und die Gewerkschaften vor vergleichbaren Herausforderungen, nicht vor gegensätzlichen. Eine Volkspartei, die wir doch spätestens seit Godesberg sind, muß selbstverständlich auch für andere Milieus ansprechbar sein. Im übrigen bleibt auch ein Bank- oder ein Verwaltungsangestellter Arbeitnehmer. Und in Zeiten der Anspannung und des Konflikts wird sich auch dieser Personenkreis der Arbeitnehmerinteressen sehr schnell wieder bewußt.

„Die Felder nehmen zu, auf denen gerade Christen mit ‚ihrer‘ Partei in Konflikt geraten“

HK: Ihr Ausgangspostulat hieß Identität finden und Türen öffnen. Hat es die SPD neben der Individualisierung bzw. Verflüssigung der Milieus mit der Identitätsfindung nicht auch deswegen schwerer, weil sie über keine weltanschauliche Klammer verfügt? Klassische Philosophie, Marxismus, Christentum als Begründungswege für die Grundwerte der Partei – so stehen sie im Godesberger Programm und in etwas anderer Reihung auch im neuen Programmentwurf – schaffen wohl weniger Bindekraft als der Rückbezug bei der Union auf das Christentum und sei dieser noch so vage.

Vogel: Zunächst einmal: Wir müssen unsere Identität nicht finden, wir müssen vielmehr die vorhandene Identität artikulieren und selbstbewußt vertreten. Das zweite: Sie haben durchaus recht: Eine politische Gemeinschaft, die auf eine einzige weltanschauliche Begründung ihrer Ziele eingeschworen ist, die hat eine ganze Menge Probleme nicht, mit der sich eine Partei beschäftigen muß, die sich nur für vorletzte Fragen zuständig hält und deshalb mehrere Begründungen gelten läßt. Aber eine Volkspartei kann doch gar nicht anders: Sie muß sich für unterschiedliche Begründungen gleicher Werte und gleicher Ziele offenhalten. – Was die Bindekraft angeht, so hätte ich Ihnen vor 20 oder 15 Jahren zugestimmt und gesagt, auch ein ziemlich unscharfer, aus der Erinnerung lebender Begriff von Christlichkeit entfalte eine Bindungswirkung. Da inzwischen jedoch die Felder zunehmen, auf denen gerade Christen aus christlichen Motiven mit „ihrer“ Partei in Konflikt geraten, bezweifle ich, daß das heute noch gilt. Für den evangelischen Bereich ohnehin, aber auch für den katholischen. Ich könnte bis in den hierarchischen Bereich hinein Namen nennen, die meine Zweifel stützen. Und es gibt Anzeichen dafür, daß auch kluge Leute im Konrad-Adenauer-Haus erkennen, wie das Beiwort „christlich“ im Namen der Union mehr und mehr zur nichtgesungenen Strophe der CDU-Hymne wird.

HK: Und trotz vieler Ambivalenzen tut sich die Union mit den aktiven Christen und mit den Kirchen immer noch leichter als Ihre Partei ...

Vogel: Das sehe ich anders. Bei den letzten Bundestagswahlen hat die Union, speziell auch die CSU, in Gegenden mit hohem Katholikenanteil, in denen wir nur schwach verloren haben, überdurchschnittlich Stimmen eingebüßt.

HK: Das mag mehr mit der Lage der Landwirtschaft als mit dem Verhältnis Kirche – Parteien zu tun gehabt haben ...

Vogel: ... Was beweist, daß die Bindekraft eben doch schwächer geworden ist. Überdies: Man muß das ja nicht an die ganz große Glocke hängen. Aber es ist doch einigen aufgefallen, daß die Zahl der praktizierenden Christen in der SPD-Spitze zunimmt. Und der, mit dem sie gerade sprechen, macht auch keinen Hehl daraus, daß er ungeachtet seines infolge seiner Scheidung kirchenrechtlich eingeschränkten Status' ein praktizierendes Mitglied seiner Kirche ist.

„Wo liegt beim § 218 eigentlich der fundamentale Unterschied?“

HK: Dennoch manifestiert sich das Christliche in der Breite der Personen und Überzeugungen stärker bei der Union. Und viele praktizierende Christen – nicht nur Katholiken, auch Protestanten –, die mit ihrem sozialen Gewissen bei der SPD stehen, können dieser mit ihrem moralischen Gewissen wegen familien- und lebensrechtlicher Fragen doch nicht folgen. Die Wirkungen des geltenden § 218 sitzen noch tief ...

Vogel: Wo ist da eigentlich der fundamentale Unterschied? Wir haben den § 218 reformiert, weil werdendes Leben nicht mit Hilfe der Staatsanwälte und Gerichte geschützt werden kann. Und ich stehe dazu. Und die Union erklärt doch zumindest jeweils vor den Wahlen, sie wolle an der Reform nichts ändern. Die Ernüchterung darüber – besonders im amtskirchlichen Bereich – ist ja auch entsprechend groß.

HK: Die Koalition bereitet jetzt ein neues Beratungsgesetz vor ...

Vogel: Nun machen Sie es schon mit kleinerer Münze. Angefangen haben Sie mit dem großen Gegensatz ...

HK: Sie vermuten bzw. Ihre Partei vermutet – so kann man jedenfalls lesen – im geplanten Beratungsgesetz eine Aushöhlung des § 218. Also tut die Union doch etwas, oder wenn nichts ausgehöhlt wird, warum stimmen Sie nicht zu? Das Vorhaben der Koalition versucht ja nur durch Beratung eine Gesetzeslage zu verbessern, die von vornherein auf Mißbrauch programmiert war ...

Vogel: Das muß ich mit großem Ernst zurückweisen. Ich habe an keiner Reform mitgewirkt, die, wie Sie wörtlich sagen, auf Mißbrauch programmiert war. Bei dem geplanten Beratungsgesetz, dem ja zunächst auch Frau Süßmuth keinen Geschmack abgewinnen konnte, besteht die Sorge, daß es unter dem Vorwand einer besse-

ren Beratung wieder staatlichen Zwang ins Spiel bringen will, wo nur Vertrauen und Offenheit helfen kann.

HK: Herr Dr. Vogel, wir haben viel von Milieuzerfall, von Bindekraft und von Individualisierungsschüben gesprochen. Die Familie scheint *der* Problempunkt in diesem Kraftfeld zu sein. Nun hat unsereiner jedenfalls den Eindruck, in der Familienpolitik sei die SPD auffallend konzeptionsarm. Ist die SPD da Opfer eigener Individualisierungsschübe, weil sie sich selbst einseitig emanzipatorischen Strömungen verschrieben hat oder auf solche Rücksicht nehmen muß?

Vogel: Keineswegs. Wir haben während unserer Regierungszeit für die Familien entscheidende Verbesserungen gebracht. Wir haben uns auch als Opposition immer wieder für Maßnahmen eingesetzt, die die Familien materiell, aber auch sonst besserstellen sollen – und daß die jetzige Koalition für alle Verbesserungen auf diesem Gebiet ein mehrjähriges Moratorium verhängt hat, beklagt sogar das Katholische Büro. Worunter Familien heute aber am allermeisten leiden, ist doch beispielsweise die Massenarbeitslosigkeit. Wenn wir ernst nehmen, was die Caritas und andere Wohlfahrtsverbände über die trostlose Lage von Familien sagen, deren Ernährer oder Ernährerin seit zwei oder drei Jahren arbeitslos sind, dann wird doch klar, wo sich Familienpolitik zunächst einmal zu bewähren hat. Daß sich das Bindungsverhalten ändert, daß mehr Menschen Partnerschaften eingehen, ohne sich zu verheiraten, ist Sozialdemokraten natürlich genausowenig verborgen wie der Kirche, da kann man nicht einfach sagen, das gibt es gar nicht. Und daß man sich als politische Partei auch mit dem Ist-Zustand der Gesellschaft zu beschäftigen hat und nicht nur mit dem Soll-Zustand, das trennt uns ja auch nicht von der Kirche.

HK: Liegt hier nicht ein ganz zentraler Punkt der Auseinandersetzung mit den Grünen? Bei ihnen ist doch mentale Individualisierung, die Sicht vom einzelnen her, eine Solidaritätsstruktur ohne soziale Zwischenglieder am meisten ausgeprägt. Und schließlich drückt sich in

der Absage an „traditionelle“ Lebensformen auch ein Stück Institutionenfeindlichkeit aus.

Vogel: Sicherlich müssen wir da auch eine Auseinandersetzung mit den Grünen führen. Aber ich will nicht aus den Augen verlieren, daß das, was Sie da mit guten Gründen beklagen, in den Schickeria-Bereichen der Halb- und Vollmillionäre oder in dem, was gewisse Massenmedien in Millionenaufgabe in die Köpfe der Menschen pumpen, in noch viel stärkerem Maße zu finden ist.

„Auch die Kirche weiß, daß man Probleme nicht löst, indem man sie nicht zur Kenntnis nimmt“

HK: Könnten Sie sich vorstellen, daß mehr als soziale Fragen sonstiger Art Fragen des Familienverständnisses und der Familienpolitik über das Verhältnis Kirche – SPD entscheiden?

Vogel: Wir haben eine lange Liste von Fragen, die der Kirche und die uns wichtig sind. Dieses Thema gehört dazu. Aber dazu gehört auch der Umgang mit der Natur, die Frage der Kernenergie, der Umgang mit der Dritten Welt, das Asylrecht oder der Umgang mit den Ausländern. Dazu gehört die Frage der Waffenexporte, dazu gehört die Frage des Fortbestandes der atomaren Bedrohung, zu der sich gerade erst Kardinal König wieder eindeutig geäußert hat.

HK: Aber es spricht einiges dafür, daß für die Kirche das Familienthema noch wichtiger wird – auch im Verhältnis zu Ihrer Partei ...

Vogel: Das schließe ich nicht aus. Und darum verfolge ich die Diskussion, die innerhalb der Kirche darüber, aber auch über die Rolle der Frau oder die Situation der Wiederverheirateten geführt wird, mit großer Aufmerksamkeit. Und dabei wird deutlich: Auch die Kirche weiß: Bestimmten Entwicklungen in unserer Gesellschaft kann man nicht dadurch begegnen, daß man sie nicht zur Kenntnis nimmt.

Was bedeutet Akademikerarbeitslosigkeit?

Eine Erklärung des ZdK

Mit dem Problem der Akademikerarbeitslosigkeit beschäftigt sich eine Erklärung der Kommission 2 („Wirtschaft und Gesellschaft“) des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in einer am 6. Mai veröffentlichten Erklärung. Die Erklärung stellt die gesellschaftliche Bedeutung des Problems dar, nennt Ursachen und macht Vorschläge zur Abhilfe.

Das ZdK hat sich schon mehrfach in der jüngsten Ver-

gangenheit mit den schwerwiegenden Fragen der anhaltenden strukturellen Arbeitslosigkeit befaßt, zuletzt in seiner Erklärung zum „Abbau der Arbeitslosigkeit“ vom 30. Mai 1986. Hier wurde bereits an die Tatsache angeknüpft, daß die heutige Arbeitslosigkeit die verschiedenen Bevölkerungsgruppen außerordentlich unterschiedlich bedroht.

Nicht nur nach Regionen und Branchen, nach Alter und